Gute Führung

Vom »Arisierungs«-Profiteur zum Verteidiger der Demokratie: die Wandlung des Kaufhauskonzerns Hertie zu einer gemeinnützigen Stiftung mit höherem Bildungsauftrag. Von Rolf Surmann

Horten, Neckermann oder Hertie: Bis in die achtziger Jahre gehörten sie zum Bild jeder größeren deutschen Stadt. Über hundert Jahre brachten die Warenhäuser Gegenstände des täglichen Bedarfs unter die Leute und verbreiteten damit zugleich Schrecken unter den traditionellen Einzelhändlern. Mit Konsumpalästen wie dem Kaufhaus des Westens (KaDeWe) in (West-)Berlin wurden sie zu Symbolen westlicher Lebensweise. In den siebziger und achtziger Jahren erledigte die erste Kaufhauskrise die ersten von ihnen. Manchmal mutierte das freiwerdende Handelskapital dabei in Form von Stiftungen und Mäzenatentum nicht zuletzt aus steuerlichen Gründen zu Kulturkapital, gerne mit gesellschaftlichen Intentionen. So wurde 1974 auch die Gemeinnützige Hertie-Stiftung (GHSt) gegründet, an die man mit der Aussicht auf ihren späteren Verkauf und eine Steuervermeidung 97,5 Prozent der Konzernanteile übertrug.

Die Stiftung verfügt heute über ein Anlagekapital von einer Milliarde Euro und hat – etwas irritierend – zwei unterschiedliche Aufgabenschwerpunkte, die von ihr selbst mit »Gehirn erforschen« und »Demokratie stärken« umrissen werden. Unter »Demokratie stärken« versteht sie die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland und Europa, indem sie, wie sie in ihrer Selbstdarstellung ausführt, die Grundlagen für den Zusammenhalt untersucht und erlebbar macht, für die Weiterentwicklung der Demokratie sorgt und sie gegen radikale Gegner verteidigt. Dabei baut sie auf dem Lebenswerk des 1972 verstorbenen Stifters Hans-Georg Karg auf. »Sein Leben und Werk sind Vorbild und Maßstab für das Wirken der Stiftung.«

Ihr politisches Flaggschiff ist die Hertie-School für modernes Regieren (Hertie School of Governance) mit Sitz in Berlin. Ihr Kernanliegen ist die Befähigung von Studierenden zu Führungspositionen im öffentlichen Sektor, in Wirtschaft und Zivilgesellschaft. In ihrem »Mission Statement« hebt sie unter dem Stichwort »Ethik und Führungsverantwortung« hervor, die Verantwortung für das Gemeinwohl erfordere »ein tiefes Verständnis der ethischen und moralischen Grundlage von Führung, öffentlichem Vertrauen und gesellschaftlicher Verantwortung«. Die Hochschule versuche, dies ihren Studierenden durch das gesamte Studium hindurch zu vermitteln, und achte dabei »besonders auf die ethischen Implikationen von Führung und Politikgestaltung in modernen Gesellschaften«.

Mit diesem Bildungsauftrag war die Hertie-School offensichtlich erfolgreicher als von ihr selbst erwartet. Denn circa 150 Studierende und Alumni – neudeutsch für Absolventen einer Hochschule –, die sich vor circa zwei Jahren in der Initiative »Her. Tietz« zusammengeschlossen haben, fordern den Vorstand der Hertie-Stiftung zu einem offenen Umgang mit der Geschichte des Warenhauses auf und erwarten insbesondere ihre wissenschaftliche Aufarbeitung. Hintergrund dieser Forderung ist die »Arisierung« der Warenhauskette Tietz und damit ihre Umwandlung in die Warenhaus- und Kaufhausgesellschaft Hertie direkt nach dem Machtantritt der Nazis 1933.

»Arisierung« und Restitution

Die Geschichte der Hermann-Tietz-Warenhäuser begann 1882, als Oscar Tietz, finanziert durch seinen Onkel Hermann, in Gera sein erstes Geschäft eröffnete. Ein branchenübergreifendes Sortiment, festgeschriebene Preise, unverbindliche Prüfung der Ware und manch anderes bisher Unbekanntes führten in der Folge zu hohem Käuferinteresse und ermöglichten den Aufbau einer Filialkette. Allein in Berlin gab es schließlich zehn Kaufhäuser, in denen 1.300 Menschen beschäftigt waren. Mit der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre und dem damit verbundenen Umsatzrückgang kam es zu ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Die Lage verschärfte sich für jüdische Geschäftsinhaber mit der Einsetzung der Hitler-Regierung am 30. Januar 1933. Sehr schnell organisierten die Nazis unter dem Stichwort »Arisierung« landesweit antisemitische Aktionen, die ihren ersten Schwerpunkt in einem koordinierten Boykott gegen jüdische Geschäfte, Arztpraxen oder auch Anwaltskanzleien am 1. April hatten. Uniformierte SA-, HJ- und Stahlhelm-Gruppen postierten sich vor den entsprechenden Gebäuden und hinderten Kunden und Klienten daran, sie zu betreten. Auf Schildern und Plakaten forderten sie das auch heute noch in bestimmten Kreisen gängige »Wehrt euch! Kauft nicht bei Juden!«. Schaufenster wurden zertrümmert, Auslagen geplündert und Ladenbetreiber misshandelt. Die Polizei schritt in der Regel nicht ein, sondern trug eher das ihr Mögliche zum Geschehen bei. Dadurch erhöhte sich nicht nur der wirtschaftliche Druck auf die jüdischen Inhaber, sondern sie waren auch persönlich gefährdet.

Parallel hierzu übte man auf leitende jüdische Funktionsträger in Unternehmen Druck aus, ihr Amt niederzulegen, oder veranlasste die Inhaber, jüdische Mitarbeiter zu entlassen. So kündigte die Karstadt AG ihre jüdischen Angestellten fristlos, weil sie »keine vollwertigen und gleichberechtigten Staatsbürger« und deshalb auch keine »vollwertigen Mitarbeiter« seien. Wenige Tage später wurde das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« erlassen, auf dessen Grundlage »Nichtarier« und politische Gegner der Nazis aus staatlichen Beschäftigungsverhältnissen entfernt wurden. Weitere entsprechende Bestimmungen folgten.

Im Ruhrgebiet wurden einige Tietz-Filialen im Kontext von antijüdischen Einzelaktionen wie etwa dem »Warenhaussturm« im damaligen Freistaat Braunschweig bereits Anfang März für zwei Tage zum Schließen ge-

Wie legitimiert man einen Raub? – SA-Mann vor dem Berliner Warenhaus Tietz während des Boykotts jüdischer Geschäfte, Arztpraxen und Kanzleien am 1. April 1933

zwungen. In Hamburg bedrohten Nazi-Posten am 12. März neben Kunden anderer jüdischer Kaufhäuser auch Tietz-Kunden. In dieser Situation wurde die Familie Tietz zur Aufgabe ihres Eigentums genötigt. In ihrem Fall waren drei Banken federführend: Dresdner Bank, Deutsche Bank und Commerzbank. Sie drängten die jüdischen Mitglieder aus der Firmenleitung und erwirkten den Verkauf ihrer Aktien. Die Einzelheiten dieses Vorgangs sind bisher nicht erforscht. Im Manuskript zur ARD-Dokumentation »Das braune Band der Sympathie« heißt es hierzu: Die Aktien der Familie im Wert von 24 Millionen Reichsmark (RM) wurden für acht Millionen angeboten und letztlich – weil der Kurs ins Bodenlose fiel – für 800.000 RM verkauft. Die Familie konnte diesen Erlös bei ihrer Flucht nicht mitnehmen.

Die Kaufhäuser gingen also zunächst in den Besitz der Banken über, die erst nach dieser Transaktion ihre Weiterführung mit einem Sanierungskredit über 14,5 Millionen sicherstellten und den ehemaligen Angestellten Georg Karg als Geschäftsführer einsetzten. Ihm gelang es, sie bis 1942 mit Hilfe von Krediten in seinen persönlichen Besitz zu bringen. Der symbolträchtige jüdische Name Hermann Tietz wurde durch die unverfänglich erscheinende Umbenennung in Hertie ausgelöscht. Georg Karg legte damit den Grundstein für die heutige Hertie-Stiftung.

In der Literatur gibt es auffällige Unklarheiten bezüglich der historischen Einordnung von Enteignungen im Rahmen der »Arisierung« und der generellen Vertreibung der Juden aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. So kursieren für die NS-Anfangszeit im Unterschied zur 1937/38 einsetzenden systematischen »gesetzlichen Arisierung« zum Beispiel Begriffe wie »wilde« oder sogar »freiwillige Arisierung«. Solche Unklarheiten überraschen nicht, ergeben sich aus der unterschiedlichen Bewertung der staatlichen Maßnahmen doch Konsequenzen im Hinblick auf die Restitutions- beziehungsweise Entschädigungspflicht. Deshalb ist über Jahrzehnte hinweg auch eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Frage geführt worden, welche Eigentumsübertragungen überhaupt restitutionspflichtig sind. Handelte es sich im konkreten Fall um einen mehr oder weniger »normalen« Verkauf oder um eine Form von Erpressung und Nötigung? Welche Präferenzen es dabei auf bundesrepublikanischer Seite gab, liegt auf der Hand.

Allerdings konnte die westdeutsche Gesellschaft dabei nicht nach Gutdünken verfahren, weil die Alliierten eine bindende Vorgabe für die Restitution gemacht hatten, die so etwas wie einen Kompromiss unter den Bedingungen des Kalten Kriegs darstellte: Die nach dem Sturz des Nazi-Regimes herrschende Eigentumsordnung blieb im Prinzip unangetastet, trotz ursprünglich anderer Pläne wurden selbst die an den Verbrechen direkt beteiligten Banken nicht behelligt, doch verpflichtete man die Bundesrepublik nach einem bestimmten Regelwerk zur Restitution im Detail. Auf dieser Grundlage entwickelte sich eine von staatlicher Seite teilweise jede Anstandsregel überschreitende Auseinandersetzung, die nicht zuletzt zur Herausbildung eines »sekundären Antisemitismus« als Abwehrreflex gegen die Entschädigungsforderungen und als Legitimierung des erneuten Angriffs auf die in der Nazi-Zeit Verfolgten beitrug.

Konkret folgte daraus, dass zum Beispiel der Tietz-Familie nicht einfach ihr Eigentum wieder zugesprochen wurde, sondern sie mit dem von den Banken eingesetzten »Arisierungs«-Profiteur Georg Karg eine Einigung erzielen musste, wobei unklar war, in welchem Ausmaß das ihr unter den gegebenen Bedingungen möglich sein würde. Man einigte sich schließlich auf eine partielle Überlassung von Kaufhäusern, die aber durch einen späteren Rückverkauf wieder an Karg fielen. Festzuhalten ist, dass weder der »Verkauf« im Rahmen der »Arisierung« noch die spätere »Restitution« irgendwie gleichberechtigt erfolgten.

Doppelter Boden

»Her.Tietz«, die Initiative aktueller und ehemaliger Studierender der Hertie-School, kritisiert vor dem Hintergrund dieser Verfolgungsgeschichte, dass bei Lernenden und Lehrenden der Hochschule kaum Kenntnisse über den Ursprung des Namens Hertie, die antisemitisch motivierte Enteignung der Tietz-Familie und damit die Herkunft des Hertie-Stiftungsvermögens vorhanden sind. Damit werde ein besseres Begreifen der Geschichte verhindert, ermögliche doch gerade das Beispiel der Familie Tietz tiefere Einsichten in die Auswirkungen des Antisemitismus und die verhängnisvollen Konsequenzen des Mangels an gesellschaftlicher Zivilcourage. Gerade in Zeiten eines immer gefährlicher werdenden Antisemitismus, Rechtsextremismus und Populismus sei eine offene und aktive Erinnerung an die Opfer des Holocaust und ihre Verfolgung für die Abwehr dieser politischen Gefahren von besonderer Bedeutung. Das schließe eine aktive Diskussion gerade innerhalb der Hertie-School ein.

Im einzelnen fordert die Initiative die wissenschaftliche Erforschung der Tietz-Geschichte inklusive der Veröffentlichung zwei-

konkret texte 60

»Aktion 1005« nannten die Deutschen das Vorhaben, ab dem Frühjahr 1943 die Spuren ihrer Massenmorde in Osteuropa zu beseitigen. Nur sehr wenige der mehrheitlich jüdischen Häftlinge, die im Zusammenhang der »Aktion 1005« gezwungen wurden, die Leichen ermordeter jüdischer Zivilisten und Kriegsgefangener zu verbrennen und die Tatorte einzuebnen, erlebten das Ende des Krieges. Anhand von sechs Augenzeugenberichten sowie Interviews zeichnet dieses Buch die Spuren nach, die die Verbrechen, die Deutsche zum Zweck der Vertuschung ihrer Massenmorde begingen, nicht nur in der Generation der Überlebenden hinterlassen haben.

224 Seiten, 21,– €

Bestellungen über konkret-magazin.de

er vorliegender Teilstudien und das Sichtbarmachen des Themas für alle Menschen, die mit der Hertie-Stiftung und der Hertie-School in Kontakt treten, unter anderem durch eine Informationstafel innerhalb der Hertie-School und entsprechende Texte auf den Webseiten. Nicht zuletzt solle die »Hertie Community« im Rahmen der üblichen Einführungsveranstaltungen oder in Extraveranstaltungen über die Hertie-Geschichte informiert werden.

Angesichts des Umstands, dass die Hertie-School explizit die »ethischen Implikationen von Führung und Politikgestaltung in modernen Gesellschaften« hervorhebt und unter »Demokratie stärken« die Notwendigkeit der »Weiterentwicklung der Demokratie« und ihrer »Verteidigung gegen radikale Gegner« betont, sollte man vermuten, dass die Initiative mit ihren Forderungen offene Türen eingerannt hätte. Doch das Gegenteil war der Fall. Sie fühlte sich »hingehalten und abgewimmelt«. Die »Süddeutsche Zeitung« beruft sich in ihrer Berichterstattung über den Fall auf ihr vorliegende E-Mails, die diese Behauptung stützen. Offiziell hatte der Stiftungsvorsitzende Frank-Jürgen Weise, früherer Chef der Bundesagentur für Arbeit und von 2015 bis 2016 Leiter des Bundesamts für Flüchtlinge, 2019 per Rundschreiben mitgeteilt, man habe sich im Vorstand mit der Kritik der Initiative beschäftigt und komme »zu einer anderen Bewertung als sie«. Erst als im Herbst 2020 einflussreiche Medien das Thema aufgriffen, gab sie ihre ignorante Haltung auf und übte sich in Schadensbegrenzung.

Eine solche Übung ist etwa das Interview, das der Stiftungsvorsitzende Weise Anfang Dezember 2020 dem »Spiegel« gab. Gleich zu Beginn antwortet er auf die Frage, ob das Stiftungsvermögen auf »Arisierungs«-Profiten beruhe, das sei – »uns« – nicht bekannt, um dann fortzufahren, deshalb müsse jetzt wissenschaftlich geklärt werden, wie das Unternehmen in den Besitz der Familie Karg gekommen sei. Auf die sich hieraus ergebende Frage, warum dies erst nach mehr als 75 Jahren geschehe und er noch 2019 eine solche Untersuchung abgelehnt habe, hat er einen bunten Strauß von decouvrierenden Antworten parat. Man habe nach dem Abschluss der Restitutionsverhandlungen mit der Familie Tietz hierfür keinen Anlass gesehen, ist sein Hauptargument. Damit beruft er sich auf eine Normalitätsvoraussetzung, deren Unhaltbarkeit bereits ein Blick auf die Kämpfe um Entschädigung und Restitution, die die gesamte Geschichte der Bundesrepublik durchzogen und zu etlichen »Nachbesserungen« geführt haben, offenbart. Im Detail führen auch die Auseinandersetzungen, die um das Jahr 2000 herum mit den neuen Zugriffsmöglichkeiten auf Ostberliner Immobilien um das Wertheim-Grundstück – Wertheim war von Hertie übernommen worden – ausgetragen wurden, diese Rechtfertigung ad absurdum.

Schließlich kommt es mit der Behauptung, man habe ja aufarbeiten wollen, aber nicht können, zum GAU in der Argumentation Weises. Denn zum einen konterkariert er damit seine Ausgangsbehauptung, für eine Aufarbeitung habe es keinen Anlass gegeben, zum anderen wirft die bislang unveröffentlichte Studie, auf die er sich bezieht und die zu dem Ergebnis kommt, mangels Quellenmaterials sei eine wissenschaftliche Untersuchung nicht möglich, wohl in erster Linie die Frage nach der Qualifikation ihrer Autoren auf. Denn in der Zwischenzeit sind Hunderte von Dokumenten zusammengetragen und noch längst nicht alle möglichen Fundstellen erschlossen worden. Auf die eventuelle Veröffentlichung der genannten Studie darf man deshalb gespannt sein.

Die Kritik ließe sich fortführen. Doch schon jetzt wird deutlich, dass es den Stiftungsverantwortlichen nicht um Transparenz geht, wie sie von der Initiative gefordert wird und wie sie auch dem propagierten Selbstverständnis von Hertie-Stiftung und -School entspricht. Vielmehr wird versucht, alte gesellschaftliche Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten und nach Möglichkeit neu zu legitimieren. So überrascht es nicht, dass die Stiftung jetzt die wissenschaftliche Aufarbeitung der Hertie-Geschichte in Auftrag gegeben hat. Allerdings hat sie damit ausgerechnet jene Forschungseinrichtung beauftragt, die bereits die Studie erstellt hatte, die eine Aufarbeitung für nicht machbar hielt. Auch die Forderung der Initiative, ein Team zu beauftragen, dem mindestens ein ausländischer Wissenschaftler und ein Holocaust-Forscher angehören sollten, um eine ausschließlich deutsche Herangehensweise an das Thema und seine ökonomische Verkürzung zu vermeiden, wurde nicht berücksichtigt.

So beginnt jetzt offensichtlich eine neue Phase der Legitimation des Raubes und der politischen Nutzung des daraus resultierenden Vermögens, die trotz der jetzt schon erkennbaren unzulänglichen Voraussetzungen dazu führen wird, weitaus effizienter als bisher die Unrechtsspuren der »Arisierung« zu verwischen und die Interessen der »Arisierungs«-Profiteure »professionell« zu vertreten. Prinzipielle Veränderungen zeichnen sich nicht ab. Dabei müsste mindestens die Stiftungsleitung wegen ihres plumpen Umgangs mit der historischen Belastung ersetzt werden. Doch sie hat damit wohl nur fortgesetzt, was über Jahrzehnte den Geist des Hauses Hertie ausmachte. Das lässt auch dessen Governance-Vorstellungen nicht unberührt. Aber damit steht Hertie nun wirklich nicht alleine. ●

Rolf Surmann schrieb in konkret 5/21 über die Haltung der Kirchen zur NS-Eugenik